

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-295
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2806-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Bundesgenossen des Attendiebes.

Die Deutschnationalen unterstützen die Kriegsschuldfrage.

Herr Dr. Thimme setzt im „Berliner Tageblatt“ seine Angriffe gegen Herrn Tirpitz fort. Der „große Mann“ der Deutschnationalen wird dabei unjählig angefaßt. Er muß die rauhe Sprache der Wahrheit hören. Herr Thimme stellt als Wirkung der Tirpitzschen Veröffentlichung fest:

„Mit schmerzlichem Bedauern muß man feststellen, daß die Zusammenstellung der Tirpitz-Dokumente in der Kriegsschuldfrage unsere Position gegenüber England nicht verbessert, sondern wesentlich verschlechtert. Denn die Tirpitz-Dokumente beweisen klipp und klar, daß der Leiter der deutschen Marinepolitik trotz aller seiner gegenteiligen Beteuerungen und trotz seiner Scheinmanöver, in denen er drei je ein Meister war, von einer ehrlichen Verständigung mit England in der Flottenfrage, wie sie Bethmann Hollweg und schon vor ihm Fürst Bülow erstrebt nichts wissen wollte, und daß er, gerade er, der Hauptschuldige ist, wenn dieses Ziel nicht erreicht wurde.“

Unter diesen Streichen heult die deutschnationalen Presse auf und enthüllt ihren wahren Charakter. Um der Person des Herrn Tirpitz willen diskreditiert sie schamlos und bedenkenlos den deutschen Kampf gegen die Kriegsschuldfrage. Herr Paul Baedeker, der am 29. August seine Gesinnungslosigkeit trefflich offenbart hat, schreibt in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Das Ausland sieht nur, daß es Dokumente des in Frage kommenden deutschen auswärtigen Dienstes gibt, deren Veröffentlichung der Wilhelmstraße nach der Behauptung eines ihrer Vertrauensmänner so unangenehm ist, daß man schon die Schaffung eines neuen Armin-Paragraphe erwägt, um weitere derartige Veröffentlichungen zu unterbinden.“

Welche Folgen das selbstverständlich für das Vertrauen des Auslandes zu den ganzen Aktenpublikationen des deutschen Aus-

wärtigen Amtes haben muß, das hätte selbst der höchst persönliche Haß des Herrn Dr. Thimme gegen Herrn von Tirpitz nicht übersehen dürfen!

Die Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes ist die schärfste deutsche Waffe im Kampf gegen die Schuldfrage. Herr Paul Baedeker sucht diese Publikation in der kindischsten Weise zu diskreditieren. Er gibt den Verteidigern der Kriegsschuldfrage im Ausland die Stichworte für neue Lügen.

Es ist erlogen, daß die Publikation der Tirpitzschen Dokumente nach der Äußerung von Herrn Thimme dem Auswärtigen Amt unangenehm wäre. Herr Dr. Thimme hat ausdrücklich das Gegenteil versichert. Tut nichts, Herr Paul Baedeker muß den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage diskreditieren.

Es gibt überhaupt keine Dokumente, deren Veröffentlichung für die Wirkung dieser Publikation unangenehm sein könnte, denn ihr Zweck ist die volle und ganze Wahrheit — auch wenn sie Herrn Tirpitz oder den Vaterlandspatrioten wehrt.

Die Publikation des Herrn Tirpitz ist deshalb ein aus egoistischer Gesinnung geführter Schlag gegen den Kampf wider die Kriegsschuldfrage, gegen die gemeinsame Sache des deutschen Volkes. Herr Paul Baedeker verschärft die Wirkung der Tirpitzschen Publikation. Als Bundesgenosse des Attendiebes Tirpitz preist er auf die Interessen Deutschlands. Er offenbart eine Gesinnung, die mit der Sorge um die Interessen des Landes, mit wahrhaft nationaler Ehre nichts zu tun hat.

Die Deutschnationalen haben ein perfides agitatorisches Spiel mit dem Kampf gegen die Kriegsschuldfrage getrieben. Das ist zu Ende. Sie sind nunmehr als Diener der Kriegsschuldfrage gebrandmarkt.

Deutschland und Frankreich.

Konservative und demokratische Außenpolitik.

Von Rudolf Breitscheid.

Herr Stresemann hat in seinen zahlreichen „goldenen Worten“, die ein eifriger Verehrer von ihm schon vor ein paar Jahren dem Publikum in Buchform vorlegte, in der letzten Zeit sehr viel neue hinzugefügt. Eins der bemerkenswertesten, das in einer neuen Auflage jener Sammlung unter keinen Umständen fehlen darf, ist die Feststellung, daß es zwischen demokratischer und konservativer Außenpolitik keinen Unterschied gebe. Es ist so ganz aus dem Geiste des Mannes geboren, für den es eine politische Existenzfrage bedeutet, Gegenätze wegzudisputieren, Unvereinbares miteinander zu vereinigen und — ein Kompromiß in sich selbst — die Uebereinstimmung widerstrebender Interessen und Grundsätze nicht nur zu verkünden, sondern durch sein eigenes Verhalten zu erweisen.

Es würde reizvoll sein, mit diesem modernen Apostel einer vorausbestimmten Harmonie an der Hand von Vortragsdokumenten und geschichtlichen Tatsachen eine theoretische Diskussion über die verschiedenen Methoden und Endzwecke der Außenpolitik zu führen; aber es ist vielleicht zweckmäßiger, sich auf praktische Beispiele aus der Gegenwart zu beschränken, zu dessen Erforschung der vielbeschäftigte Außenminister keine umfassenden Studien vorzunehmen braucht, und dessen Auswirkungen er sozusagen am eigenen Leibe erfahren hat. Ich denke an Frankreich und die Wege, die dieses Land in den letzten Jahren bei der Regelung seiner internationalen Beziehungen, insbesondere derjenigen zu Deutschland, eingeschlagen hat.

Daß sich am 11. Mai, dem Tage der Neuwahlen zur französischen Kammer, hier eine tiefgreifende Aenderung vollzogen hat, ist Herrn Stresemann bekannt, und er leugnet es auch nicht: das System Herriot ist ein wesentlich anderes als das System Poincaré. Nun wird niemand der Meinung sein, daß es sich hier um Unterschiede im Temperament der beiden Staatsmänner handle. Jeder weiß, daß die politische Grundbeinstellung und die Weltanschauung im Spiele sind, und auch der am wenigsten ununterrichtete Staatsbürger hat eine Ahnung davon, daß hinter Poincaré der rechtsgerichtete, konservativ-nationale Block stand, während sich Herriot auf die bürgerliche Demokratie und auf die Sozialisten stütze. Was wir bis zum 11. Mai erlebt haben, war eben konservative Außenpolitik, deren unglückliches Objekt Deutschland wurde, während jetzt der demokratische Gedanke bei unseren westlichen Nachbarn herrscht — oder drücken wir uns ganz vorsichtig aus — zum Durchbruch kommt. Ueberheblicher Nationalismus, Berufung auf das Recht des Siegers und des Stärkeren, Drohung mit Gewalt und Anwendung der bewaffneten Gewalt, Mangel an Verständnis für das Wesen und die Lage des anderen, starres Festhalten an den Methoden der Vergangenheit — das waren die Kennzeichen der konservativen Poincaréschen Politik. Geneigtheit zu friedlicher Verständigung, christliches Bemühen, dem anderen Land gerecht zu werden, Wille, eine Brücke zu schlagen, die die friedensbereiten Elemente im deutschen und französischen Lager miteinander verbindet — das charakterisiert die Politik der zur Herrschaft gelangten Demokratie.

Man mag einwenden, daß auch das Herriotische System vor allem die Interessen Frankreichs im Auge hat. Zugegeben, aber die Art, in der es der eigenen Nation dient, bringt es nicht in einer unüberbrückbaren Gegensatz zu Deutschland, und sie verhält sich dadurch das Erstarren der nationalistischen Gegenkräfte bei uns oder schlägt ihnen wenigstens ihre Argumente aus der Hand. Denn das ist die größte Gefahr der konservativen Außenpolitik, daß sie die internationale Atmosphäre vergiftet und bei den Gegenspielern dieselben zum Konflikt treibenden Tendenzen in die Halme schießen läßt.

Wir haben das unter dem Regime des Bloc national erlebt, und damals konnten sich die Deutschnationalen wenigstens mit einem Schein des Rechts auf den Standpunkt stellen, daß den französischen Methoden durch eine entsprechende Einstellung der deutschen Politik begegnet werden müsse. Mit einem Schein von Recht, denn in Wirklichkeit war die Sabotage der Erfüllungspolitik auch damals verfehlt, weil sie den Franzosen die Rückkehr zur Vernunft erschwerte, und wenn Herr Stinnes in Spa dazu rief, die Kohlenforderungen abzulehnen und den Volkswindismus über Deutschland hereinbrechen zu lassen, wenn andere davon sprachen, daß es das beste sei, den Franzosen den Weg ins Ruhrgebiet freizumachen, und wenn Herr Jarres und seine Freunde den Besten „versäßen“ lassen wollten, so waren das alles aus dem Geist konservativer Außenpolitik geborene Ratschläge, deren verhängnisvoller Charakter durch die weitere Entwicklung der Dinge jedem, der die Augen nicht absichtlich verschließt, klar geworden ist. Auf jeden Fall aber konnte und kann es nach dem Sturz des Nationalen Blocs für Deutschland nur eins geben, und das ist die Unterfütterung der demokratischen Wendung in Frankreich durch den ersten Willen zu friedlicher Verständigung bei uns, oder, um das viel mißdienete Wort zu gebrauchen, durch die Erfüllungspolitik.

Wir wissen sehr genau, daß der Umschwung in Frankreich noch nicht alle Kreise ergriffen hat, und daß die Anhänger der Gewalt und der Repressalien dort noch zahlreich sind. Das Kriegserichtsurteil gegen den General von Rathusius ist ein Beweis. Wir protestieren gegen diesen Spruch. Er fordert die Regierung Herriot auf, dafür Sorge zu tragen, daß der Geist, in dem sie ihre Politik treiben will,

Die ägyptische Krise.

Frankreich gegen die englische Weltmacht.

Paris, 25. Novemb. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommentare der französischen Blätter zum englisch-ägyptischen Konflikt sind zum Teil in ungewöhnlich scharfer Tone gehalten. Sie klagen die englische Regierung an durch Uebertreibung ihrer Forderungen und durch unmaßige Schärfe des Vorgehens eine sehr ernste Lage geschaffen zu haben und mit ihren Sühnforderungen rein politische Ziele zu verfolgen, die darauf hinauslaufen, Ägypten der Freiheit zu berauben, die daraus hervorzuliegen, Ägypten der Freiheit zu berauben, die es vor kaum 2 Jahren durchzusetzen vermocht hat. So schreibt der „Quotidien“: „Wann das Kabinett Baldwin sich auf die Forderung der Bestrafung der Mörder und der üblichen Entschuldigung und Sühne beschränkt haben würde, so würde dies allgemein als berechtigt anerkannt werden müssen. Hingegen muß sich das Gewissen der ganzen Welt dagegen aufheben, wenn England die Gelegenheit auszunutzen sucht, um einem wehrlosen Gegner politische und wirtschaftliche Irreführungen abzuwirken, die das Ende der ägyptischen Unabhängigkeit und den Ruin des ägyptischen Volkes bedeuten.“ Das Blatt gibt dann seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß die englische Regierung, die die erste gewesen sei, die seinerzeit bei der Ermordung eines italienischen Offiziers an der albanischen Grenze und bei der Beschäftigung von Korfu gefordert habe, daß der Zwischenfall dem Schiedsgericht des Völkerbundes unterbreitet werde, sich jetzt gegen die Anrufung des Völkerbundes mit allen Mitteln sträube und offenbar den Standpunkt vertrete, daß der Völkerbund nur für die anderen da sei.

Ähnlich äußert sich das „Denker“, das der englischen Regierung in Erinnerung bringt, daß der Völkerbund nicht etwa ein Gesellschaftsspiel sei, sondern daß die in ihm vertretenen Völker in dem ein gewisses Anzahl von Prinzipien und Regeln zur Schlichtung internationaler Zwischenfälle aufgestellt hätten, die damals auch von England durchaus ernst genommen worden seien. Wenn bei der ersten Gelegenheit diese Regeln und Prinzipien von einer der Hauptmächte mit Füßen getreten werden, dann werde der Völkerbund dem Gelpöhl der ganzen Welt preisgegeben, und auf England soll die Verantwortung für den künftigen Zusammenbruch einer Einrichtung, von der man die Festigung des Friedens erhofft hat.

Militärische Maßnahmen gegen Ägypten.

London, 25. November (E.P.) Aus Malta wird gemeldet, daß das Transportschiff „Alfio“, das nach Indien abfahren sollte, Befehl erhalten hat, durch Alexandria zu gehen, dort wird es ein Regiment Truppen an Bord nehmen, um dieses nach Port Sudan zu befördern. Vor Alexandria liegen gegenwärtig die Panzerschiffe „Iron Duke“ und „Valiant“. Das Panzerschiff „Benbow“ wird in Alexandria am Sonntag erwartet. In Port Sudan liegt das Panzerschiff „Waga“ unter dem Befehl des Admirals Fisher, der Schlachtschiffe „Malcolm“ und zwei Zerstörerboote, im Suez der Kreuzer „Caradoc“ und zwei Zerstörerboote, im Roten Meer die Kompasschiffe „Cemflow“ und „Clematis“, sowie drei Zerstörerboote.

Protest des ägyptischen Parlaments.

London, 25. November. (E.P.) „Times“ meldet aus Kairo, daß der Senat und die Kammer spät nachts den Wortlaut des Protests an die Parlamente der Welt gegen „Großbritanniens Handlungen, die ungerichtet und hart sind, obwohl Ägypten alles getan hat, was möglich war, um die britischen Forderungen zu befriedigen“, genehmigten. Das Parlament beschloß ferner, beim Völkerbund zu protestieren und ihn zu bitten, einzugreifen, um eine Ungerechtigkeit zu verhindern.

Das neue ägyptische Kabinett.

London, 25. November. (E.P.) Das neue Ministerium ist aus gemäßigten Elementen zusammengesetzt. Mitglieder des Kabinetts sind Zafarabekow als Justizminister, Cottaut als Finanzminister und Sadeknechia als Kriegsminister. Das Vortessnis für auswärtige Angelegenheiten ist dem Gesandten in Rom, Ahmed Zulficar, angetraut worden. Zwar Pascha führt dieses Amt bis zum Eintreffen der Antwort Zulficars. Man ist allgemein der Ansicht, daß im Hinblick auf Zogul Paschas Rede in der Kammer des Parlament dem neuen Kabinett das Vertrauen ausgesprochen wird.

Rathusius begnadigt.

Offizieller Beschluß der Regierung.

Paris, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Der „Quotidien“ teilt mit, daß die französische Regierung am Montag offiziell den Beschluß gefaßt habe, General v. Rathusius zu begnadigen, und daß das Dekret bereits am Dienstag morgen dem Präsidenten der Republik zur Unterschrift vorgelegt werden soll.

Erzbergmörder Schulz in Konstantinopel. Die Belgrader Polizei wurde davon verständigt, daß der Erzbergmörder Schulz in Konstantinopel eingetroffen ist und sich dort unter falschem Namen aufhält.



Zum englisch-ägyptischen Konflikt

durch Gerichts- und Verwaltungsinstanzen nicht zunichte gemacht wird. Aber auf unsere Gesamteinstellung kann die reaktionäre Verbissenheit französischer Militärs und Militäristen keinen Einfluss ausüben. Wir müssen uns unserer Zukunft willen auf dem Wege bleiben, der mit der Annahme des Sachverständigenutachens betreten worden ist.

Herr Stresemann wird im Grunde seines Herzens derselben Meinung sein, und das schon deshalb, weil er ja den Kreisen nahesteht, die die engsten bis zur Schaffung eines Rohstoffartells gehenden wirtschaftlichen Vereinbarungen mit Frankreich erstreben. Ich möchte sogar die Behauptung wagen, daß er innerlich immer ein Anhänger der Erfüllungspolitik gewesen ist, und daß er nur aus Rücksicht auf seine Freunde nicht den Mut aufbrachte, sich zu ihr zu bekennen. Er hat dann als Minister der demokratischen Außenpolitik weitgehende Zugeständnisse gemacht, aber er hielt es für notwendig, sie mit nationalistisch schillernden Redensarten zu verbrämen. Er bringt es fertig, die Verständigung mit Frankreich zu preisen und gleichzeitig denen die Tür zum Kabinett zu öffnen, die von einer solchen Verständigung nichts wissen wollen. Dieses von der Angst eingegebene zweideutige Verhalten ist deshalb so gefährlich, weil es immer wieder diejenigen stärkt, die dem Kabinett Herriot den Vorwurf machen, daß es die deutsche Ehrlichkeit überschätze.

Würde die Wahl vom 7. Dezember der von Stresemann so lebhaft vertretenen Idee des Bürgerblocks zum Sieg verhelfen, dann wäre das Kabinett Herriot am Ende seines Lebens, und die Frage bliebe nur, ob es zurückträte oder selbst mehr oder weniger in die Linie Poincarés einschwenkte. Deshalb ist der 7. Dezember außenpolitisch von so großer Wichtigkeit. Wir müssen ein Parlament und eine Regierung haben, in deren demokratischen und friedenswilligen Charakter die Welt Vertrauen setzen kann. Wir müssen Klarheit darüber schaffen, daß die Anhänger des alten Systems ausgespielt haben. Wir müssen, was insbesondere unser Verhältnis zu Frankreich angeht, uns bewußt bleiben, daß heute noch immer gilt, was Ferdinand Lassalle im Jahre 1859 schrieb: „Von dem guten Einverständnis zwischen Deutschen und Franzosen hängt alle demokratische, alle Kulturentwicklung ab, es ist die Lebensfrage der gesamten europäischen Demokratie.“

25 Parteien!

Neistellung durch den Reichswahlaußschuß.

Der Reichswahlaußschuß hat heute vormittag die beim Reichswahlleiter eingereichten Reichswahlvorschlüsse festgestellt und ihre Reihenfolge auf dem amtlichen Stimmzettel bestimmt. Es ergibt sich daraus eine ungeheuerliche Zersplitterung des Parteiwesens. Nicht weniger als 25 Parteien und „Parteilchen“ bewerben sich um die Stimmen der Wähler. Die Reihenfolge ist diese:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 2. Deutschnationale, 3. Zentrum, 4. Kommunistische Partei, 5. Deutsche Volkspartei, 6. Nationalsozialistische Freiheitspartei, 7. Demokraten, 8. Bayerische Volkspartei, 9. Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, 10. Landbund, 11. Deutsch-hannoversche Partei, 12. (bleibt unbestimmt, wahrscheinlich weil der Bayerische Bauernbund keine eigene Reichsliste eingereicht hat), 13. Häufiger-Bund, 14. Unabhängige Sozialdemokratie, 15. Star-Bund, 16. Fraktionlose (N) Partei, 17. Deutsche Aufwertungs- und Aufbaupartei, 18. Freier Wirtschaftsbund, 19. Deutschsozialistische Partei und Reichsbund für Aufwertung, 20. Christlichsozialer Volksgemeinschaft für Deutschland, 21. Nationaler Minderheiten, 22. Deutschösterreichische Reichspartei, 23. Aufwertungs- und Wiederbaupartei, 24. Mieterpartei Deutschlands, 25. Partei für Volkswohlfahrt und Mieterschutz.

Das Auftreten von rund einem Duzend kleiner Splitterparteien ist ein Zeichen für die Zersplitterung und politische Urteilslosigkeit in weiten Schichten des deutschen Bürgertums. Die Sozialdemokratie, die an erster Stelle steht, wird durch diese Zersplitterung glück-

licherweise nicht oder nur wenig getroffen. Ihre Anhänger sind politisch so geschult, daß sie sich nicht durch politische Quacksalber von ihren diesmal an der Spitze der kommunistischen Reichsliste nicht etwa Marz Holz steht, wie die kommunistische Presse demonstrativ angekündigt hatte, sondern daß sein Name ausfallen mußte, weil er den Nachweis der Wählbarkeit nicht zu erbringen vermochte.

Landwirtschaft gegen Aufwertung.

Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt:

Der Frage, ob der derzeitige Stand der Landwirtschaft eine stärkere Auswertung der hypothetischen Belastung vertritt, als durch die dritte Steuerrotverordnung vorgesehen ist, sieht man in den Kreisen des Preussischen Landwirtschaftsministeriums außerordentlich bedenklich gegenüber. Dort wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Hälfte der hypothetischen Belastung erledigt gewesen ist, daß aber insofern starke neue Belastungen durch die neuen Gesetze, durch die Rentenbank, durch die Erbschaften, durch Verkauf und durch die neue Ansiedlungstätigkeit entstanden sind.

Diese kurze, aber vielsagende Notiz sagt mehr als alles demagogische Geschrei der deutschnationalen Redner in Wahlversammlungen. Die Herrschaften denken gar nicht daran aufzuwerten, wenn sie selber bezahlen sollen. Ihre Aufwertungsparole ist nur — für die Dummen, die glauben, daß die Deutschnationalen auch nur einen Finger trumm machen würden, um zu zahlen.

Deutschnationale im Wahlkampf.

Hergt der „völkische Idealist“.

Breslau, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Hergt versuchte gestern in einer deutschnationalen Wahlversammlung in Breslau eine Art von Antwort auf die Marzische Kanzlerrede in Köln zu geben. Nachdem er sich im Gegensatz zu dem „nationalen Realpolitiker“ Stresemann als „völkischen Idealisten“ bezeichnet hatte, bemühte er sich eine Stunde lang, den Reichstanzler zu zurecht zu rufen, die Deutschnationalen nach der Wahl in die Reichsregierung aufzunehmen. Er versicherte, die ganze Deutschnationale Volkspartei würde ohne Hintergedanken die Dawes-Gesetze durchführen helfen, nannte diese Gesetze allerdings eine Bierelbstunde später wieder „uneträgliche Lasten“. Marz müsse für diese Unterstützung allerdings auch Reinsager in das Kabinett nehmen. Bei der Aufwertungsfrage versicherte Hergt dann wieder, um die im Dawes-Gutachten gegebenen Grenzen der Aufwertung der Anleihen würden sich die Deutschnationalen nicht kümmern. Im Zusammenhang mit der Aufwertungsfrage versprach der deutschnationale Redner den Hausbesitzern übrige Aufhebung der Rietschwangs-wirtschaft „bestimmt“ bis zum nächsten Frühjahr. Auch die Hauszinssteuer müsse verschwinden, wobei natürlich nicht erwähnt wurde, daß aus dem Ertrag Preußen (soeben 50 000 Wohnungen fertiggestellt). Die Reichsversammlung erkannte Hergt im Gegensatz zu seinem Breslauer Freund von Frantog-Loringhoven als blinde Norm an. Das Wahlrecht der Zwanzigjährigen müsse allerdings befristet werden, da es keinen logischen Zusammenhang mit der Dienstpflicht der Zwanzigjährigen im Kriege habe. Im übrigen würden die Deutschnationalen die Verfassung bei der Präsidentenwahl kräftig anzuwenden müssen, da außer Severing auch Ebert verschwinden müsse, der hinter den Kulissen den sozialdemokratischen Einfluss stärke.

Während Professor Hoersch kürzlich in Breslau für den Eintritt in den Bitterbund sprach, lehnte Hergt diesen Schritt ab und erklärte, er allein vertrete die wirkliche Meinung der Deutschnationalen Partei. Der Parteivorsitzende Windler hat allerdings in der vorigen Woche in einer hiesigen Mitglieder-versammlung nach den Berichten der deutschnationalen Presse sich auf den Standpunkt von Hoersch gestellt. Hergt begründete das deutsche Fernbleiben vom Bitterbund mit der Stellungnahme Sozialvereinslands, dessen Interessen den Deutschen parallel seien, und daß doch auch nicht Mitglied werde. Im Schlußwort erklärte er, sich mit Stresemann über die weitere Behandlung der Bitterbundsfrage geeinigt zu haben.

Selbstverständlich fehle die Ausschlichtung des Falles Rathenau nicht, den die Reichsregierung nach Hergts Meinung zur Organisation einer Volksempörung hätte benutzen sollen. Hergt schloß mit der Prophezeiung, daß Marz sich nach den Wahlen zwischen rechts und links entscheiden müsse.

Laverrenz' Niederlage in Göttingen.

Göttingen, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Sonnabend-Versammlung der Deutschnationalen hatte einen Kassenabdruck zur Folge. Hunderte von Menschen konnten keinen Einlaß mehr finden und blieben draußen aus. Herr Laverrenz, der berüchtigte Berliner Versammlungsprenger und Spitzenlandrat, war angesichts des republikanischen Andrangs völlig aus der Fassung geraten. Sein Redekonzept „Schwarz-Weiß-Rot oder Schwarz-Rot-Gold“ fiel unter den Tisch. Die Folge war, daß er in zwei Stunden um den Komplex deutschnationaler Politik herumredete und einen recht kläglichen Eindruck machte. Direkt protestiert wurde der Redner und den Zeitungsparodien ähnlich, wenn er auf die zahlreichen Zwischenrufe aus der Versammlung einging. Vom „Thema“ war wirklich keine Rede mehr. Die Versammlung war zeitweilig mit stürmischen Protesten und stürmischer Heiterkeit ausgefüllt. Ordnung kam in diese leidenschaftliche Erregung erst dann, als die sozialistischen und demokratischen Redner, mit stürmischem Beifall begrüßt, die Rednertribüne betraten. Jeder konnte man in 10-15 Minuten nicht annähernd ein Bild von der verderblichen Politik der Deutschnationalen zeichnen. Aber die Verbreitung war trotzdem gründlich. Für die Demokraten sprach Privatdozent Dr. Rommelen. Er y. hneie in sehr geschickter Weise die demagogische Politik der Deutschnationalen im Rahmen des Dawes-Planes, glossierte den Unfall und gab einen lehrreichen Abriss über wirkliche nationale Politik.

Dann aber nahm sich unser sozialdemokratischer Reichstagskandidat für Südhannover-Braunschweig, Genosse Schiller, Herrn Laverrenz und die deutschnationale Politik vor. Die starke Zustimmung während seiner halbständigen Rede und der nicht eben wollende Beifall am Schluß bewies, wie gut er ins Schwarze getroffen hatte. Schiller zog mit rücksichtsloser Schärfe alles das ans Tageslicht, was Laverrenz über die staats- und volksfeindliche nationalsozialistische Innen- und Außenpolitik verschwiegen hatte. Mit scharfem Sarkasmus geißelte er diese Verschwiegenheit. Unter brausendem Beifall der Versammlung stellte er fest, welchen Wert der von Laverrenz angegriffene Reichspräsident Ebert für Deutschland habe, verteidigte Seeverings Politik, brandmarkte den nationalsozialistischen Geist, der in der oberen Bureauratie sich selbst davon nicht schone, die Kammer der Republik aufzufordern, nicht dem Eid auf die Republik, sondern dem früheren Eid auf die Monarchie zugehören. Laverrenz' Lobes auf den alten Staat wurde von unserem Redner mit wichtigen Bemerkungen aus den Tirpitz-Briefen, also mit dem Zeugnis eines deutschnationalen Mannes, der zu den Sozialisten gehen wollte, und der die Revolution wegen der unerhörten Besinnungskorruption der früher Herrschenden voraussetzte. Er gab aus den Enthüllungen des Fürsten Eulenburg Kostproben über die Verhältnisse der wilhelminischen Epoche und kam zum Schluß zu der leidenschaftlichen Feststellung, daß die Deutschnationalen von heute weder deutsch noch national seien. Sie müssen am 7. Dezember niedergedrungen werden. Wie Weisungen habe faule das alles auf die Göttinger Nationalisten nieder und an den Bestenstandes hinter unserem Redner war die Erregung nicht mehr zu unterdrücken. Einsehende Proteste und Beschimpfungen gegen unseren Genossen wurden von der Reichsversammlung sofort erstickt. Was kann noch kam, vollendete die schmachvolle Niederlage der Göttinger Nationalisten. Der Demokrat Rechtsanwalt Föge zog noch einmal scharf und schnellend den Trennungsschnitt zwischen Demokraten und Deutschnationalen und bewies mit erhabener Stimme, daß Klassenhaft nur von den Deutschnationalen, nicht aber von den Sozialdemokraten gepredigt werde. — Dann kam das Ende. Ein nationalsozialistischer Jüngling wurde nicht mehr angehört, und als Herr Laverrenz im Schlußwort die Situation mit Grobheit retten wollte, ging keine Rede im Jörn der Versammlung verloren, er mußte abtreten. So rechneten die Göttinger Republikaner mit den deutschnationalen Schändern der Republik ab. Mächtig klang das Reichsbanner-Bundeslied „Pulver ist schwarz, Blut ist rot, golden flackert die Flamme“ durch den Saal, während oben auf dem Podium Herr Laverrenz seinen Parteifreunden eine schwere Szene über diesen schmachvollen Reinfall machte...

Das gute Kinder- und Jugendbuch

Was schenke ich zu Weihnachten? Diese Frage tritt jetzt an viele Menschen heran. Besonders den Arbeitelern macht sie Sorge, die oft nicht wissen, wie sie aus dem schmalen Geldbeutel auch noch Geschenke für ihre Lieben bestreiten sollen. Wenn man aber schenkt, dann will man mit dem Geschenk Freude bereiten, will keinen Lasten, keinen Minderkauf, der das teuer verdiente Geld nicht lohnt. Da kann die Antwort nur lauten: schenke gute Bücher! Das Buch macht immer Freude, wenn es den rechten Geschmack trifft. Außerdem ist es ein billiges Geschenk. Darauf kommt es freilich an, daß man sorgfältig prüft, welche Wünsche, Neigungen und Interessen das Kind hat, um danach die richtige Auswahl zu treffen.

Zur rechten Zeit ist unter dem Titel „Das gute Kinder- und Jugendbuch“ ein Büchlein erschienen, das den Eltern und Kindern ein wertvoller Ratgeber bei der Auswahl von Büchern sein will. Vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit herausgegeben, enthält es ein ausführliches Verzeichnis der vorhandenen guten Jugendschriftenliteratur. Es handelt sich aber nicht bloß um ein trockenes Verzeichnis, denn ein solches hätte noch keinen rechten Wert für die Arbeitelern, die sich doch in der Fülle der Buchangaben nicht zurechtfinden würden. Das Büchlein ist darum nach Altersstufen geordnet; es enthält Bilder- und Märchenbücher für die Kleinen bis zu 4 Jahren, von 4 bis 6 Jahren, von 6 bis 8 Jahren, und dann weiter aufwärts Bücher für die Altersstufen von 8 bis 11 Jahren, 11 bis 14 Jahren und für die reifere Jugend.

Innerhalb der Altersstufen ist wieder eine Einteilung nach Sach- und Interessengebieten erfolgt. So ist die Altersstufe von 11 bis 14 Jahren z. B. folgendermaßen eingeteilt: Märchen, Sagen, Geschichten und Lebensbeschreibungen, Reisen und Entdeckungen, Naturwissenschaften, Volkswirtschaft, Erzählungen und Gedichte. Jede einzelne dieser Inhaltsteilungen enthält eine kurze Einführung, die den Eltern und Erziehern die wichtigsten Aufschlüsse über die Beurteilung der Bücher dieser Sachgruppe gibt. Außerdem sind die Bücher meist noch einzeln kurz nach Wert und Inhalt charakterisiert, so daß die Auswahl geeigneter Bücher auf diese Weise außerordentlich erleichtert wird. In der Altersstufe für die reifere Jugend befindet sich außerdem eine Abteilung „Aus der Welt des Sozialismus“. In einem Anhang „Gedrucktes Gift“ wird die verderbliche Wirkung der Schundliteratur charakterisiert, außerdem sind die hauptsächlichsten billigen Schriftentwürfe angegeben, die als Gegenmittel gegen die Schundliteratur in Betracht kommen.

Das 43 Seiten starke Büchlein, das überdies auch illustriert ist, wird allen Arbeitelern und Erziehern ein unentbehrlicher Führer durch die Jugendschriftenliteratur sein. Wenn immer sie ihren Kindern Bücher schenken wollen — es sollte dies nicht nur zu Weihnachten geschehen, sondern auch bei anderen Gelegenheiten, z. B.

zum Geburtstag, zum 1. Mai, zur Verfassungsfeier —, so wird ihnen der neu erschienene Ratgeber den Weg zum richtigen Buch zeigen. Das Büchlein sollte in keiner Arbeiterfamilie fehlen, es wird aber auch den Arbeiterbibliotheken, insbesondere Kinder- und Jugendbibliotheken, sowie Schulen gute Dienste leisten. Die Organisationen sollten es in Betrieb nehmen, damit es in die Hände aller Arbeitereltern gelangt, zumal der billige Preis Massenerwerb ermöglicht. Das Büchlein ist zum Preis von 10 Pf. und Porto durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit (H. Weimann), Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Ein neuer Nachbar der Erde.

Am 23. Oktober dieses Jahres hat Dr. W. Baade in Hamburg im Sternbild des Pegasus ein eigenartliches Objekt entdeckt. Dem Aussehen nach gleicht es einem der kleinen Planeten, der Asteroiden, jetzt aber eine ungewöhnlich schnelle, kometenartige Bewegung. Diese zweifelhafte Gestalt am Himmelsgewölbe ist seitdem von den Astronomen eifrig beobachtet worden, und sie haben festgestellt, daß der neue Himmelskörper ein Mitglied der schon beinahe unzählbaren Familie der kleinen Planeten ist. Obgleich er der Größe nach zu den kleinsten unter den Begleitern der Sonne gehört, muß man ihn in anderer Hinsicht zu den interessantesten zählen. Vorläufige Bahnberechnungen zeigen, daß seine Bahn zum großen Teil innerhalb der Marsbahn liegt (die meisten Asteroiden kreisen zwischen Mars und Jupiter), und daß der kleine Planet mandmal der Erde besonders nahe kommt. Der geringste Abstand beträgt dreißig Millionen Kilometer — fast ein Rekord, der nur von dem, durch Wirt auf der Berliner Urania-Sternwarte entdeckten, Planeten Ceros geschlagen wird, der sich im Jahre 1931 der Erde bis auf 22 Millionen Kilometer nähert. Auch Wirta, ein von Professor Wolf auf der Königsstuhl-Sternwarte im Jahre 1918 entdeckter Asteroid kommt in seltenen Fällen der Erde fast ebenso nahe. Der Planet Ceros hat gleichfalls eine Bahn, die an die des eben entdeckten erinnert. Beide sind langgestreckte Ellipsen vom Typ der Kometenbahnen mit einer Umlaufzeit von etwa 4 1/2 Jahren; von ihrer sonnennähe liegt außerhalb der fast kreisförmigen Erdbahn bewegen sie sich bis in die Nähe der Jupiterbahn.

Bei seiner Entdeckung am 23. Oktober hatte der neue Planet bereits das Perihelium, die sonnennähe, passiert, und jetzt entfernt er sich von der Sonne. Seine Lichtstärke, jetzt von der zweiten Größenklasse, nimmt nach den Berechnungen in den nächsten Wochen sehr langsam ab, er dürfte daher lange im Bereich der großen Fernrohre bleiben. Die Beobachtungen aus so großer Nähe können von großem Wert für unsere Kenntnis von Beschaffenheit und Ursprung dieser kleinen Himmelskörper sein. Man hat bereits gelaubt, einen unentbehrlichen Schlüssel in der Umlaufzeit des neuen Planeten feststellen zu können — auch bei Ceros ist das der Fall —, und hier wie dort zieht man daraus den Schluß, daß das Himmelskörperchen wahrscheinlich eine unsymmetrische Form hat, die bis weit mit der unregelmäßigen Gestalt der großen Himmelskörper gemein hat. Diese kosmischen Felsblöcke, vielleicht Trümmer eines vor uralten Zeiten verunglückten Himmelskörpers, sind

keine Weltkörper im eigentlichen Sinne, sie haben vielleicht alle möglichen Gestalten. Doch ihre Größe in weiten Grenzen wechselt, ist bekannt, obgleich es noch nicht gelungen ist, zuverlässige Messungen zu erhalten. Viele von diesen Körpern sind sicher so klein und so lichtschwach, daß wir sie niemals auch mit dem größten Instrument entdecken werden. Der amerikanische Astronom W. H. Bickering hat kürzlich behauptet, daß wir einen solchen Zwerg als ständigen Begleiter der Erde in unserer nächsten Nachbarschaft haben, wenn er auch für die menschlichen Augen unsichtbar ist. Dieser Zwergmond, den die Anziehungskraft der Erde im Weltraum eingefangen hat, soll nach den Berechnungen Bickerings (die besonders auf Grund von Störungen der Mondbewegung angefertigt sind) in einer Entfernung von nur 4000 Kilometer von der Erdoberfläche kreisen.

Eine Regelung der Stargagen. Eines der mannigfaltigsten Hobbys, an denen unser Theaterleben krankt, sind die hohen Gagen der Prominenten, die die Bühnen sich gegenseitig durch fortwährende Ueberbietung abspenstig machen. Die hervorragenden Regisseure des Naturalismus hatten das Ensemblespiel gepflegt; in der künstlerischen Zukunft, die längst wieder im Bühnenbetrieb anzuwurzeln ist, hat sich das Herzerdrängen der Einzelpersönlichkeiten selbst um Kosten des Gesamteindrucks längst wieder eingebürgert. Die Bühnenleiter wollen das Unwesen, das sie selber gezeugt, wenigstens in seinen finanziellen Folgen eindämmen. Deshalb ist der Verband der Berliner Bühnenleiter' Herrn für die Höchstgagen aufgestellt. Die Normalgagen darf danach monatlich 1500 oder höchstens 1800 M. nicht übersteigen. Für 99 Künstler sind sind aber Ausnahmen bis zu 9000 M. Monatsgage zugelassen. Die Abrechnung gilt, unbeschadet laufender Verträge, bis April 1923, zunächst für Berlin. Man rechnet aber damit, daß sie im übrigen Deutschland und Oesterreich gleichfalls durchdringt.

Durch diese Gagenreform wird an den bestehenden Uebelständen unseres Theaterlebens kaum Beiläufiges geändert werden. Die Konkurrenz der vielen Bühnen in den Großstädten schiebt nur einmal zum Sensationsbetriebe, und ein Teil von ihm ist das Star-Instern. Eine Theaterreform, die etwas erreichen will, müßte ganz wo anders einsehen. Aber der Verband der Berliner Bühnenleiter wird gewiß nicht die Initiative dazu ergreifen.

Der Segen des Kapitalismus. Zu den großen Ruhmgebern des republikanischen Wahlsieges an der New Yorker Börse gehört u. a. John D. Rockefeller. Wie bereits gemeldet, hat der Sieg Goodyears eine Börsenpause hervorgerufen, die in der Geschichte von Wallstreet ohne Beispiel ist. In der ersten Börsenstunde am vergangenen Donnerstag sind nicht weniger als 600 000 Aktien gehandelt worden. Zu den von der Hausse betroffenen Werten gehören vor allem die Papiere der Standard Oil Company, deren Besitzer, John D. Rockefeller, in wenigen Tagen die erhebliche Summe von 100 Millionen Dollar als reinen Spekulationsgewinn verdient hat.

Der Mann ohne Moral. Das Lustspiel von Alex. und Calloway, das bisher im Theater d. d. Königlicher Straße in Szene genommen ist, gelangt ab Freitag in der alten Fassung im Komödienhaus zur Aufführung. Marcel Solzer gibt im Künstlerhaus am 29. u. 30. November und am 6. u. 7. Dezember vier „Lustige Abende“.

Gegen die Ebert-Heße.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Bonn, 25. November. (W.Z.) In der überfüllten, festlich geschmückten Beethovenhalle sprach Montagabend Reichskanzler Marx. Er führte in seiner Rede aus:
Bekanntlich ist, daß dieser Wahlkampf in einer Schärfe geführt wird, die bisweilen nicht einmal mehr mit tiefgehenden sachlichen Meinungsverschiedenheiten entschuldigt werden kann. Es liegt nicht der geringste Anlaß vor, die Person des Herrn Reichspräsidenten in dem Wahlkampf zu zerrren, und wenn in der Reichs- und sogar von führenden Politikern, die den wirklichen Sachverhalt kennen müssen, immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, es sei verfassungswidrig, daß der Herr Reichspräsident Ebert heute noch die Präsidentschaft inne habe, so kann ich diese Behauptung nicht schon jetzt als unrichtig und unbegründet zurückweisen.

Der Reichskanzler schildert dann den Sachverhalt über die Wahl Eberts und fährt fort: Die neuerdings durch die Presse des In- und Auslandes gegangene Behauptung, es seien anlässlich der jetzigen Reichstagswahl vier große politische Organisationen an den Herrn Reichspräsidenten herangetreten mit der Aufforderung, die Angelegenheit der Präsidentschaftswahl in Fluß zu bringen durch Verzicht auf den Rest seiner Amtszeit, um so eine Neuwahl des Staatsoberhauptes zugleich mit den Reichstagswahlen zu veranlassen, ist unrichtig. Es ist niemand an den Herrn Reichspräsidenten mit einer derartigen Anregung herangetreten.

Das ist der Sachverhalt. Ich überlasse es jedem objektiv und gerecht Denkenden, selbst zu urteilen, was von dem Vorwurf zu halten ist, es sei ein verfassungswidriger Zustand, daß der Herr Reichspräsident Ebert heute noch sein Amt führe.

Zur Beurteilung des anderen Vorwurfs, daß der Reichspräsident in Ueberschreitung seiner Kompetenzen und entgegen dem Geiste der Verfassung in die Regierungsgeschäfte eingreife, bin ich allein kompetent, und ich erkläre Ihnen: Das ist nicht wahr!

Hier handelt es sich aber nicht lediglich um die Person des Reichspräsidenten, hier handelt es sich um mehr: um die Ehre und das Ansehen des Deutschen Reiches, dessen Staatsoberhaupt ohne jeden Anlaß in einer Weise in den politischen Kampf gezwungen wird, die in jedem anderen Lande einfach undenkbar wäre. National ist dieser Kampf nicht; er entspricht auch nicht den Regeln des politischen Anstandes, er ist nicht einmal aus dem Standpunkt der Parteien aus, die ihn führen, denn er wird auf der anderen Seite nicht so leicht vergessen werden. Wenn dieser Kampf aber jetzt schon ohne sachlichen Anlaß geführt wird, was haben wir dann erst im nächsten Jahre zu gewärtigen, wenn die Neuwahl des Reichspräsidenten wirklich bevorsteht? Ist es denn unmöglich, daß unsere politischen Parteien wenigstens so viel Selbstbeherrschung bewahren, das Staatsoberhaupt aus den Tageskämpfen herauszulassen?

Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden mit fröhlichem Beifall aufgenommen.

Berichtsgang. In die heutige Wochenschau über die Antwort der schwedischen Regierung hat sich bei der Wiedergabe durch den Fernsprecher ein furchtbarer Fehler eingeschlichen. Es muß am Schluß heißen, die schwedische Regierung gebe der Meinung Ausdruck, es sei mit Art. 15 nicht unvereinbar (statt „vereinbar“), daß bei der Ausführung von Sanktionen Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse, namentlich die deutsche Nahrungsbefchränkung, genommen werde.

Die Zahl der Erwerbslosen in der Solinger Industrie geht von Woche zu Woche zurück. Sie beträgt heute in dem gesamten Industriebezirk Solingen nur noch 650.

Vorboten.

Weihnachten ist in Sicht, und wer es noch nicht gemerkt oder nicht daran gedacht haben sollte, sieht es in diesen Tagen an den Schaufensterdekorationen der Geschäfte, die Marzipan, Pfefferkuchen, Nüsse und andere Leckereien und Süßigkeiten zu einem lieblichen Ganzen vereint und mit Tannenzweigen stimmungsvoll umrahmt haben. Andere Geschäfte wieder haben eine große Spielwarenschau eröffnet und zeigen das Modernste an mechanischem Spielzeug. Und noch wieder andere pressen in den Schaufenstern als praktisches Weihnachtsgeschenk Pelze und Pelzmäntel an, während der Nachbar der Ansicht ist, daß ein Präsentkorb mit den „edlen“ Delikatessen und den erlesensten Weinen und Likören das Weihnachtsgeschenk ist, das am meisten Beachtung verdient und die meisten Käufer finden muß. Die Geschäftleute sind wirklich mit rührender Liebe am Werk, dem Käufer, der nicht weiß, was er wählen und was er schenken soll, die Wahl zu erleichtern. Darüber kann man sich gewiß auch nicht wundern, denn das ist ja der Beruf des Kaufmanns, der sich sagt: Wenn du Weihnachten keine guten Geschäfte machst und gehörig Geld in den Beutel bekommst, dann niemals. Und alles ist so überraschend billig, die Kaufleute sind so liebe Leute, daß sie teilweise die Waren verschenken, nur um zu räumen. Wer sollte da nicht zugreifen und kaufen? Es ist eine wahre Lust zu leben. Und die Kinder brauchen nur Wunschzettel zu schreiben — in der Nummer der „Wahlerin“ vom letzten Sonntag war ja so eine Serie von Wunschzetteln der Schulkinder veröffentlicht — und Vater oder Mutter gehen sofort hin zum nächsten Geschäft und kaufen den Rod oder den Mantel oder die Etuielle, die die Kinder sich auf den Wunschzetteln erbeten haben. Nichts ist einfacher und leichter als das! Man sieht also, jeder Gegenstand und jedes Nahrungsmittel ist schließlich als Weihnachtsgeschenk geeignet. Man braucht es nur zu kaufen. Damit freilich scheint es ein wenig zu hapern in weiten Kreisen der Bevölkerung.

Indessen, die Hilfe ist nah, und bricht derjenige, der nicht begierig nach dieser Hilfe greift. Die Geschäftleute sind der Ansicht, daß jeder Gegenstand und jede Ware als Geschenk zu Weihnachten geeignet sei und preisen ihn daher mit viel schönen Worten an. Die Deutschnationalen aber sagen, für die Wahlen am 7. Dezember ist nur der Stimmzettel brauchbar und geeignet, der dem Letztretter der Rampe Partei gibt. Sie haben sicher recht, die hohen Herren von der Drehscheibe, und auch das Volk würde es noch der Wahl sehr bald merken. Wenn nämlich die Deutschnationalen als Vorboten des Weihnachtstages gewissermaßen aus der Wahlurne hervorgehen, dann wird sich das Volk nicht nur nicht das Notwendigste und Nützlichste zu Weihnachten kaufen können, sondern man wird ihm dann auch noch das Wenigste nehmen, was es besitzt! Und darum muß sich das Volk die Weihnachtshilfe des deutschnationalen Stimmzettels ganz energisch verbitten.

Bühnenjubiläum Arthur Kraußnacks.

Im staatlichen Schauspielhaus fand heute vormittag die intime Kraußnack-Fest der Künstler- und Arbeiterschaft der Reichstheater statt. Die Bühne war in einem Garten verwandelt. Rechts stand ein Gabentisch, beladen mit Blumen- und Fruchtgeschenken, links sah auf dem Ehrenthron der rüstige 68jährige Jubilar. Als erster sprach Intendant Jechner, der als junger Mensch Kraußnack von der Galerie des Königsberger Theaters gekannt hatte. Nach ihm sprachen Otto Paubinger für das Haus und Arnold Rickert für die Bühnengemeinschaft.

Jechner hatte es auch übernommen, die Glückwunschschriften bekanntzugeben. Man vernahm feiernde Worte der Oberbürgermeister von Königsberg und Berlin sowie des Vorsitzenden des Bühnenvereins. Als ein Glückwunschschriftsteller des Reichspräsidenten vorlesen wurde, brach die ganze Bühnengemeinschaft in heftigen Beifall aus. Das Leben des Jubilar schilderte dessen Freund Siegfried Jelenko-Hamburg. Als am Schluß Kraußnack meinte, seine Zukunft sei bereits erledigt, trat Jechner vor und widersprach dem, dem gefeierten Schauspielere einen Kontrakt zu erhöhten Bezügen auf viele Jahre überreichend.

Die Feier hinterließ bei den Teilnehmern tiefen Eindruck. Sie befandete, wie man es zur Freude schon oft erfahren durfte, daß in den Betrieben der Staatstheater ein ganz ausgezeichneter republikanischer Geist herrscht und daß Arbeiterschaft und Künstlerchaft zum Wohle des Ganzen eine geschlossene Familie treuen Zusammenhaltens bilden.

Ein Schupowachtmann erschossen.

Das Ende einer Kommunistendemonstration.

Am Dienst wurde in der vergangenen Nacht der Polizeiwachtmann Bruno Fischer vom Revier 107 in der Weidemarstraße 55 erschossen. Fischer machte zwischen 11 und 12 Uhr mit einem Kameraden, dem Polizeiwachtmann Krüger, von der Revierwache aus einen Streifgang am Krankenhaus Bethanien vorbei nach der Schillingstraße und das Mariannenufer entlang. Unterwegs ging in der Neuen Welt in der Hasenheide eine kommunistische Versammlung zu Ende. Die Teilnehmer bildeten mehrere geschlossene Märsche, die sich nach verschiedenen Richtungen bewegten und wiederholt von Polizeibeamten zerstreut wurden.

So kam auch ein Zug nach der Mariannenstraße zu. Auch er war mehrmals gepörselt worden. Die Teilnehmer hatten sich aber immer wieder zusammengeschlossen, und so bestand der Zug schließlich nur noch aus etwa 150 Mann, die, die bekannten Rieder singend, dahersonnen. An der Ecke der Mariannen- und Rostauer Straße stellten sich ihnen die beiden Oberwachtmänner in Bes. Der Aufforderung, auseinanderzugehen, entsprochen auch die Jungteilnehmer zunächst. Dann aber vereinten sie sich wieder allmählich. Darauf wollten die beiden Beamten je zwei Teilnehmer feststellen und zur Wache bringen. Zwei der Festgenommenen befreiten sich und nur dem Wachtmann Fischer war es gelungen, mit den beiden anderen bis nach der Westseite des Mariannenplatzes, bis in die Nähe der Waldemorsstraße zu kommen. Krüger eilte seinem Kameraden nach. Als er bis auf etwa 100 Schritt an ihn herangekommen war, hörte er einen Schuß fallen. Gleich darauf kam ihm ein Mann von der Schutzstelle her entgegengekommen. Krüger nahm ihn fest, ging mit ihm weiter auf Fischer zu und fand diesen nun schwer rutschend am Boden liegen. Unterdesse waren auch andere Beamte vom Revier 107 und vom Revier 108 in der Mantelstraße 108 herangekommen. Während einige den angehaltenen Mann der Wache zuführten, brachte Krüger mit anderen den schwer verletzten Fischer nach dem nahe gelegenen Krankenhaus Bethanien, wo dieser bald nach der Aufnahme starb. Wie festgestellt wurde, hatte er hinterwärts einen tödlichen Schuß erhalten. Die Kugel war zwischen den Schulterblättern in den Körper eingedrungen und hatte das Herz getroffen. Eine Brandstelle auf dem Mantel des Erschossenen zeigt, daß der Schuß aus unmittelbarer Nähe abgegeben worden ist. Bei dem Anschlag, der die Tat befreit, fand man wohl einen Totschläger, aber keine Schusswaffe. Der Vorsteher des 107 Reviers findet mit seinen Beamten sofort den Tatort und seine Umgebung ab, fand aber auch hier keine Schusswaffe. Der Angehaltene wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht und die Abteilung I. A. nahm die weiteren Ermittlungen auf. Der erschossene Oberwachtmann war verheiratet und Familienvater.

J. R. 3 und die Nationalisten.

Der Bezirk Friedland veranstaltete im Rathaus am Donnerstag eine Wählerversammlung, die sehr stark besucht war, bei der Genosse Falkenberg in einem Referat die politischen Tagesfragen eingehend erörterte und die der Sozialdemokratie wegen ihrer Erfüllungspolitik gemachten Vorwürfe zurückwies, wobei er die schon erzielten Vorteile dieser Vernunft- und Verständigungspolitik schilderte. Die Gefahren der Reaktion mit all ihren Schäden führte er an; sie könne und müsse am 7. Dezember endgültig beklagt werden. Die Entwidlung sei mit der Sozialdemokratie und deshalb müsse man für sie stimmen. In der Diskussion sprachen zwei Kommunisten in der gewohnten phrasenhaften Weise; man ging schnell über sie hinweg. Viel schlimmer erging es einem deutschnationalen Redner, der mit seinen verlogenen Ausführungen eine fürchterliche Niederlage erlitt. Er würde, behauptete er, sofort Sozialdemokrat werden, wenn der Referent „die Wahrheit“ gesagt hätte. Als „Abendblatt der Deutschnationalen“ führte er den J. R. 3 an. Darauf erwiderte ihm Genosse Falkenberg, daß dieses Wunder deutscher Technik eine Brücke der internationalen Verständigung geworden sei, während die sogenannten Nationalisten am liebsten einen Wettstreit von Deutschland ziehen möchten. Von anderer Seite wurde dem deutschnationalen Zettelentworfener gesagt, daß es noch einmal dahin kommen werde, daß die ganze Deutschnationale Partei in der Postkriegsperiode des J. R. 3 Platz finden würde.

„Gegen Juden- und Franzosenherrschaft“, eine Antwort an die Deutschnationalen, war die Parole für eine öffentliche Protestversammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die gestern Abend nach den Spichernsälen einberufen war. Schon eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung mußte der Saal wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden. Schupo hatte alle Mühe, die immer neu zuströmenden Massen vor dem Versammlungstafel abzurufen. Als in der Bismarckschule in der Pfalzburger Straße eine Parallelversammlung eröffnet wurde, war auch diese in wenigen Minuten gleichfalls überfüllt. In beiden Versammlungen dürften über 4000 Personen anwesend gewesen sein.

Der Leiter der Versammlung, Dr. Glaserfeld, erklärte als ersten Referenten Justizrat Dr. Brodnick-Berlin das Wort, der in den Mittelpunkt seiner mit großer Begeisterung aufgenommenen Rede die unzerstörbare Verbindung des deutschen Judentums mit der deutschen Scholle stellte. Die unterdrückte Minorität empfinde jede Beugung des Rechts besonders hart und so hätten die deutschen Juden gegen die Verurteilung des großen Generals Rathskius das moralische Recht, den härtesten Protest einzulegen. Egidius Dr. Alfred Wiewer fragte in rhetorisch ausgearbeiteter Form ob die hervorragenden, um Deutschland verdienenden Juden, die auf allen Gebieten der Wissenschaft, der Kunst und Literatur, der deutschen Heimat ihr Bestes gegeben haben, diejenigen seien, deren „jüdischer Geist“ nach deutschnationaler Behauptung die Judenberührung ausmacht. Dr. Regensburger, Vizepräsident des Braunschweigischen Landtages, führte unter stürmischen Beifallschreien aus, die Zusammenstellung von Juden und Franzosen sei ebenso kurz wie gemein. In der Kürze liege die Redekraft. Wir sagen die Deutschnationalen der Vergiftung des politischen Komplexes an. Alle ausländischen Menschen in Deutschland, alschiel welcher Nation und Partei, sollen Richter sein. Die Deutschnationale Partei bedecke den deutschen Ehrenschild dem Auslande gegenüber mit dem Schmutz der Pogrommahnung. Die Deutschnationalen hätten ihrer selbst, wenn sie den J. R. 3 auf ihre Wahlplakate ließen, der unter den Juden Dr. Arnsteins Mitwirkung geschaffen ist (Zuruf: Die Deutschnationalen werden bei diesen Wahlen schon hochliegen). Frau Dr. Ebelheim bat die Frauen, abschließen zur Wahl zu gehen. Unter den 22 Proz. Richtwählern bei der letzten

Wahl waren auf jüdischer Seite in der Hauptsache Frauen. In der nächsten, bis nach Mitternacht dauernden Aussprache nahmen Vertreter der verschiedenen Parteien das Wort. Die Redner der Sozialdemokratie wiesen darauf hin, daß sie aus ihrer Weltanschauung heraus, die die Ungerechtigkeit bekämpfe, wo sie gefunden werde, die geborenen Feinde der Unterdrückung seien. Die Sozialdemokraten wählten, daß der Jude nur der politische Bräutigam für Ludendorff und Genossen sei, um die Blute der Massen von der eigenen Schuld abzuwaschen. Man habe die Juden und weine die Republik. Die Versammlung schloß in begeisterter Stimmung mit der Absingung der dritten Strophe des Deutschlandliedes: Einigkeit und Recht und Freiheit. In der Parallelversammlung sprachen dieselben Referenten. Auch dort nahm die Aussprache mehrere Stunden in Anspruch. Diese Versammlung schloß mit einem Hoch auf die deutsche Republik.

Der Ruf an die Frauen.

Diesmal muß der Ruf an die Frauen noch eindringlicher schallen als zu den vorigen Reichstagswahlen, denn wohl selten war die Gelegenheit so günstig ihnen zu zeigen, wo die wahren Feinde zu suchen sind. Wohllos sind die Sünden der großkapitalistischen Kreise, mit deren Politik ein für alle mal ein Ende gemacht werden mußte. Eberts Sündhaft wäre daher Wahlkündigung, und vor solcher Sünde am Geist des verantwortungsbewußten Staatsbürgers warne mit großer Eindringlichkeit die Genossin Clara Bohm-Schuch in ihrem Referat das sie in geliebter Frauenversammlung in Breders Lokal in Brügge hielt. In der Fortführung des deutschnationalen Sündenregisters seit dem viersten Mai 1924 — wollte man früher einsehen, würde man nie fertig werden — reichte sie sachlich Tatsache an Tatsache, aber nichts dürfte wohl die aufmerksamen Zuhörerinnen mehr von der Schändlichkeit der schwarzweißschamrotten Politik überzeugen haben als die unumstößliche Wahrheit, daß vier Minister diese Leute mehr wert waren als alle bisher vertretenen „Ideale“. In den Wählern liegt es, so führte die Genossin Bohm-Schuch unter Beifall aus, ob solche „Charaktere“ uns in Zukunft beherrschen sollen, ob, republikanischer ausgedrückt, das Brot teuer, die Arbeitszeit länger, die Erziehung der Jugend reaktionärer, ein neuer Massmord wahrscheinlicher werden soll. An den Wählern liegt es — entscheidet euch!

Schwerer Autounfall. Die Kraftfahrerin I. A. 9887 fuhr heute früh gegen 16 Uhr vor dem Hause Friedrichstr. 180 gegen eine auf den Fahrdamm aufgestellte mechanische Weite der AG. für Elektrizitätsindustrie, auf der drei Montiere an einer Lichtreflexe arbeiteten. Zwei von ihnen wurden durch den Zusammenstoß auf den Bürgersteig geschleudert. Der Monteur Ruhndorf verstarb auf dem Wege zur Rettungsstelle, während der Monteur Lehmann eine Gehirnerschütterung und leichte innere Verletzungen erlitt.

Eisenbahnunglück bei Bad Homburg. Infolge vorzeitiger Umstellung der Weiche entgleiste der Personenzug 2021 von Bad Homburg nach Usingen mit zwei Wagen. Infolge Umstürzens eines Wagens wurden 17 Personen verletzt, darunter eine ernstlich. Sie wurde durch den Arztwagen ins das Krankenhaus Bad Homburg gebracht. Die Sperrung der Strecke war in etwa drei Stunden behoben.

Stürme an der marokkanischen Nordküste. Dem „Daily Telegraph“ zufolge tobi an der marokkanischen Küste ein schweres Unwetter. Bei Malilla schätzte man fünf Schiffe und die im Bau begriffenen Hafenanlagen wurden zerstört. Die Schäden werden auf fünf Millionen geschätzt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin 62. 64. Lindenstraße 1. Nicht an das Zeitungsbüro, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Öffentliche Beamtenversammlung heute, Dienstag, abends 7 Uhr, Schulhaus, Samariterstraße 20. Referent: Reichstagskandidat Lorenz Breunig.

- 1. Kreis Wilmersdorf, heute Dienstag, abends 8 Uhr, Sitzung des Wahlausschusses bei Koch, Köpenicker Str. 60
- 26. Okt. Heute Dienstag, abends 7 Uhr, bei Burg, Preussener Allee 189, Zusammenkunft der Genossinnen zu einer wichtigen Besprechung.
- 47. Okt. Die am Mittwoch, den 30. d. Mts. stattfindende Versammlung bei Behrend, Mantelstr. 10, von der 47. Wkt. arrangiert. Ordre sind zu stellen.
- 48. Wkt. Nächste Abte. Heute Dienstag, pünktlich 7 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Dietels Gehäusen, Zehlendorfer Str. 4.

Gewerkschaftsbewegung

Aus der Praxis des Reichsarbeitsministeriums.

Vom Deutschen Beldungsarbeiterverband wird uns geschrieben:

Für die Herren- und Damenschneiderei besteht ein Reichstarifvertrag, der für die Orte, in denen sich Arbeitgeberverbände-Ortsgruppen befinden, rechtsverbindliche Wirksamkeit, hat. Begehrnt wurde der Reichstarifvertrag am 5. März 1923 abgeschlossen und von der Reichsarbeitsverwaltung für einen bestimmten niedergelegten räumlichen Geltungsbereich am 11. Mai 1923 für allgemein verbindlich erklärt. In diesem räumlichen Geltungsbereich war Stargard i. Pommern aufgeführt, woselbst sich eine Ortsgruppe des Arbeitgeberverbandes während der Zeit des Vertragsabschlusses befand. Gestützt auf das tarifvertragliche Recht waren die dortigen Arbeitgeber sowie die Arbeitnehmer an den auch für sie gültigen abgeschlossenen Tarifvertrag gebunden. Wenn die Arbeitgeber in Stargard sich von der „Last des Tarifvertrages“ befreien wollten, hätten sie neben der Kündigung des Vertrages Einspruch gegen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung für Stargard bei der Reichsarbeitsverwaltung in der Zeit der Einspruchsfrist erheben müssen. Das ist nicht geschehen. Die Arbeitgeber haben vielmehr die vertraglichen Bestimmungen während des ganzen Jahres 1923 innegehalten. Erst im Sommer 1924, anlässlich der Erhöhung des tarifmäßigen Urlaubsanspruches, kam es zu Differenzen. Das angerufene Gewerbegericht Stargard entschied am 9. September 1924 zugunsten der Arbeitnehmer.

Vor der Entscheidung des Gewerbegerichts hat dieses noch bei der Reichsarbeitsverwaltung ein Gutachten erbeten, worauf unterm 20. September die Reichsarbeitsverwaltung, gez. Dr. Basse, folgendes erwiderte:

„In Erwiderung des dortigen Schreibens bemerke ich, daß die Entscheidung über Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung von Tarifverträgen ergeben, den zuständigen Gerichten obliegt. Aus den eingeforderten Äußerungen der Vertragsparteien des Reichstarifvertrages ist bezüglich Ihrer Anfrage zu entnehmen, daß, wenn der Austritt der Arbeitgeber Stargards aus dem Arbeitgeberverband erst am 31. März 1923 erfolgt ist, durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des am 5. März 1923 mit Wirkung vom 1. März 1924 abgeschlossenen Tarifvertrages auch über Stargard noch mitersacht wurde...“

Die Reichsarbeitsverwaltung war also am 20. September selbst noch der Auffassung, daß die aus dem Tarifvertrag sich ergebenden Streitigkeiten den zuständigen Gerichten obliegen unter Bestätigung der Tatsache, daß zu der Zeit, als der Tarifvertrag am 5. März 1923 abgeschlossen wurde, die Arbeitgeber in Stargard dem Arbeitgeberverband angehört und durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung, die mit Wirkung ab 1. März 1923 Rechtskraft erlangte, Stargard noch mitersacht wurde.

Run fällt aber die Reichsarbeitsverwaltung unterm 28. Oktober 1924 auf den am 18. August d. J. von Arbeitgeberseite gestellten Antrag folgende Entscheidung:

„Die allgemeine Verbindlichkeit des Reichstarifvertrages vom 9. September 1919/1. März 1923 für die Gehilfenschaft in der Herren- und Damenschneiderei (R.-M.-Bl. 21, Nr. 29 und R.-M.-Bl. 23, Nr. 14) tritt mit dem 1. April 1923 für Stargard außer Kraft. J. B.: gez. Meyer.“

Während die Reichsarbeitsverwaltung am 20. September 1924 noch die Auffassung vertrat, daß Stargard unter die allgemeine Verbindlichkeit fiel und somit der entstandene Rechtsstreit den ordentlichen Gerichten zur Erledigung oblag, hat es nun am 28. Oktober 1924 das Urteil des Gewerbegerichts inhiert und sogar rückwirkend bis zum 1. April 1923 die Verbindlichkeit aufgehoben! Hierdurch ist nicht nur der Sinn über die Verordnung der Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 auf den Kopf gestellt, man hat auch ein einseitiges Recht zugunsten der Arbeitgeber geschaffen. Wenn diese Verordnung, insonderheit der § 2, wonach ein Tarifvertrag, „der für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt hat“, für allgemein verbindlich erklärt werden kann, noch einen Sinn haben soll, so wird es die höchste Zeit, daß in der Reichsarbeitsverwaltung ein anderer Geist einzieht.

„Dichtung“ und Wahrheit.

Vor einiger Zeit brachte die „Rote Fahne“ einen Bericht über Verhandlungen bei der Metallwarenfabrik von Pinkuß in der Großen Frankfurter Straße. Die Verhandlungen hatten ein günstiges Ergebnis. Das Bolschewistenblatt knüpfte daran die Bemerkung, daß nur das gute Organisationsverhältnis der Arbeiterschaft diesen Erfolg gebracht hätte; daß der einzigen Tatkraft die kommunistischen Betriebsratsobmannen sei die Belegschaft wieder zu 85 Proz. organisiert. Wie wir dazu erfahren stimmt die Angabe der „Roten Fahne“, bis auf den entscheidenden Punkt: Der Betriebsratsobmann, dem die eifrige Arbeit für den Metallarbeiterverband zu danken ist, gehört seit Jahren der Sozialdemokratischen Partei an. Unter keinem kommunistischen Vorgänger ist die Organisation in Grund und Boden gewirksam geworden. Die Belegschaft sah ein, daß sie davon nur Schaden hat, ja die Kommunisten zum Teufel und wählte den SPD-Gewerkschafter, dem es mit Hilfe der Organisationsvertreter gelang, die Lohnaufbesserung durchzuführen.

Trohung mit Gesamtaussperrung in Thüringen.

Bestern hatte der Verband Thüringischer Metallindustrieller bekanntgegeben, daß ab heute sämtliche Betriebe wieder geöffnet seien, nachdem der Reichsarbeitsminister in Weimar am 5. November gefällten Schiedspruch über Löhne, Arbeitszeit und Manteltarif für verbindlich erklärt hat. In Greiz erschienen heute viele Arbeiter vor den geöffneten Betrieben, wurden aber von den Streikposten zurückgedrängt, so daß die Arbeit nicht aufgenommen werden konnte. Heute werden in Weimar vom Arbeitgeberverband weitere Verhandlungen geführt. Man befürchtet eine Gesamtaussperrung für ganz Thüringen.

Die Koalitionsfreiheit des Eisenbahnpersonals.

Anläßlich der Verfolgungen, denen die Arbeiterschaft der verschiedenen Länder und besonders das Eisenbahnpersonal ausgesetzt sind, hat sich das Bureau der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) als Kustakt zu der von ihm einzuleitenden Aktion mit einem Schreiben an den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts in Genf gewandt. In dieser Zuschrift wird speziell darauf hingewiesen, daß das Koalitionsrecht, welches auf Grund der Friedensverträge verbürgt ist, von den Regierungen verschiedener Länder, die fragliche Friedensverträge unterzeichnet haben, eingeschränkt oder gar aufgehoben worden ist.

Der Brief enthält ausführliche Informationen über die Verfolgungen der Arbeiterschaft in Griechenland, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und Niederländisch-Indien, welche die ITF in diesen Ländern eingeholt hat.

Burcell's Stellung in Moskau.

In ihren Berichten über den Besuch der englischen Gewerkschaftsdelegation in Rußland weisen die kommunistischen Blätter fortwährend darauf hin, daß der Führer der Delegation, Burcell,

gleichzeitig Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam ist. Burcell selbst hat es vermieden, sich auf diese Stellung zu berufen, da er weiß, daß er mit seiner Auffassung über die Einheitsfront und über das Verhältnis zwischen Amsterdam und Moskau im Vorstand des IGB allein steht und keinen Auftrag hat, im Namen des IGB zu sprechen.

Auch der Ausschuß des IGB, der aus Vertretern der verschiedenen Landesgruppen zusammengesetzt ist, hat in seinen letzten Sitzungen keinen Zweifel darüber gelassen, wie er über die Frage der Einheitsfront denkt; wenn Burcell trotzdem in Wien zum Vorsitzenden gewählt wurde, so geschah dieses nicht, weil man mit seinen Ansichten übereinstimmte, sondern weil er von den englischen Gewerkschaften an Stelle von Thomas, der wegen Eintritt ins Ministerium den Vorposten niedergelegt hatte, vorgeschlagen wurde.

Verhütung der Arbeitslosigkeit.

Die Bestrebungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben in den letzten Jahren zu einer Annäherung der Auffassungen hinsichtlich dreier Grundsätze geführt, die auch bei den Erhebungen des Internationalen Arbeitsamts über die Arbeitslosigkeit betont wurden, nämlich die Notwendigkeit der Beeinflussung der Wirtschaftstätigkeit in der Weise, daß ihre Schwankungen stark vermindert werden, wie es vielleicht durch Regulierung des Bankkredits möglich sein könnte; dann die Verpflichtung des Staates, derartige Maßnahmen in der Weise zu ergreifen, daß die Schwankungen des Arbeitsmarktes durch öffentliche Unternehmungen, z. B. Notstandsarbeiten, in gewissem Maße ausgeglichen werden; endlich die Notwendigkeit, die leitenden Wirtschaftskreise mit hinreichenden Informationen betreffend die wahrscheinliche Gestaltung der Wirtschaftstätigkeit in der unmittelbaren Zukunft zu versehen. Diese Grundsätze wurden in Großbritannien während der letzten Periode großer Arbeitslosigkeit durchzuführen versucht. Eine Darstellung der dort unternommenen

Schritte gibt ein Aufsatz über Verhütung der Arbeitslosigkeit, besonders in Großbritannien, welcher in der Oktobernummer der „International Labour Review“ erschienen ist.

Lohnfestsetzung in Australien.

Obgleich Australien und Neuseeland nicht hauptsächlich Industrieländer sind, so haben sie doch als Erste den Weg der Lohnregelung durch die Gesetzgebung eingeschlagen. Die Einrichtungen zur Lohnregelung, die in den verschiedenen australischen Staaten geschaffen wurden, sind: 1. Lohnämter; 2. Schiedsgerichte; 3. eine Verbindung beider Systeme. Lohnämter sind für einzelne Gewerbe oder Industrien bestehende ständige Körperschaften, die über Ansuchen vom Arbeitsminister berufen werden. Gewöhnlich bestehen sie aus einer gleichen Zahl von Arbeiter- und Unternehmervertretern und einem Vorsitzenden. Ihre Hauptaufgabe ist die Festsetzung von Mindestlöhnen für einen Wirtschaftszweig und deren zeitweise Veränderung. Die Schiedsgerichte sind verschieden gestaltet; es entscheidet entweder ein Richter des Obersten Gerichtshofes allein oder unter Mitwirkung je eines Arbeiter- und Unternehmervertreters. Es steht den Schiedsbehörden zu, eine Entscheidung für den betreffenden Wirtschaftszweig im ganzen Staatsgebiet allgemein verbindlich zu erklären. Das reine Schiedssystem besteht nur im Staat Westaustralien. In den übrigen australischen Staaten bestehen Kombinationen von Lohnämtern und Arbeitsschiedsgerichten. Neben den einzelstaatlichen Lohnbehörden besteht als zentrale Einrichtung ein Arbeitsschiedsgericht des Australischen Bundes. Nähere Mitteilungen über die australischen Lohnbehörden enthält die Oktobernummer der „International Labour Review“ (herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt).

Beantwortlich für Volltext: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Salzer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Australien: Dr. John Schilowski; Vokales und Sonstiges: Felix Karstadt; Australien: Dr. Gode; sämtlich in Berlin. Berlin: Betriebs-Ratung G. m. b. H., Berlin. Druck: Betriebs-Ratung G. m. b. H. und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

1924

PAUL SCHENCK
REICHENDECKER STR. 30
BERLIN

70.-

Komplett m. 20 cm Seidenschirm f. elektrisch 70.- M.
für Gas 15.-

9.50

Aus unserer Reklame-Kollektion
Größte
Musterausstellung
in Berlin.

ca. 700 St. Ickwesten
Jacken, Rodeljacket, Jump r. Schals,
Mützen etc. in neueren Mustern und
richtiger Ausführung, zum Einzel-erkau-
f stand am Lage v. 8.50 bis 19.50 M.
Bleyles Kinderkleidung
zu Originalpreisen Bitte kommen Sie
vertrauensvoll zu uns; Sie finden das
Richtige. Bruno Richter & Co.,
Fabriklager Thür. Wol. waren, Berlin-
Pankow, Mühlentstr. 1, Ecke Dreieck-Str.
Gewe. Mittw. 9-7

**Herren-, Damen- und
Burschen-Bekleidung**

auf Teilzahlung

Ware kann bei genügendem Ausweis sofort mitgenommen werden

Bekleidungshaus Kleingold
Weinbergsweg 26, 1. Etage
3. Haus vom Rosenthaler Platz

Auf Teilzahlung in bequemem Raten

kau-en sie genau so billig wie im Laden die besten und gediebstentest

**Wintermäntel
Paletots / Ulster**

alles in erstklassiger Schneiderarbeit, in der

Roupa Bekleidungsfabrik
Kurze Straße 7 - Aufgang IV
Geschäftszelt 9-7

Auf Teilzahlung 1/3 Anzahlung
Rest in 6 Monatsraten

Zu Rabatpreisen kaufen Sie die schönsten und preis wertesten

**Winter-Mäntel
Kod - Paletots
Sport - Pelze**

wie Herren - Garderoben aller Art und für alle Figuren in dem größten Berliner Spezialgeschäft dieser Art

ALBERT Schenk

Köpenicker Straße 127
3m 1. Industriebau rechts part.
Geschäftszelt 9-7 Uhr.
Der gefau r Gegenstand wird sofort nach Anzahlung mitgegeben.
Distret! Ungeniert! 100

Gegen

bequeme Wochen- oder Monatszahlungen

geben wir jetzt auch aus eigener Fabrikation

Damen-Konfektion

zu bekannt billigen Preisen ab.

Oskar Wollburg,
Brunnenstraße 56-57
Kredit-Abteilung.

Dienstag - Mittwoch - Donnerstag

3 Restie-Tage

Reste-Tage im Kaufhaus Sternfeld - eine Veranstaltung größten Stils - eine nie wiederkehrende Gelegenheit. Riesmengen Fabrikreste stellen wir während dieser Tage zum Verkauf. Die Preise sprechen für sich und muß jeder diese Gelegenheit benutzen, seinen Weihnachtsbedarf schon jetzt zu decken.

Fabrik-Reste

von

Foulardine türkisch gemustert, 100 cm br. on, Rücksicht a Maß u. Qual.

Jeder Rest Serie I 1.25 II 1.10 III 95 Pl. IV 75 Pl.

Handtuch-Reste verschied. Größ., in Rein- u. Halbkleinen

Jeder Rest: 75 Pl. 60 Pl. 45 Pl. 25 Pl.

Haustuch-Reste 140 cm breit, schwere Qualitäten

Jeder Meter: 1.85 1.65 1.45

Reste von Zwirnspitzen und -Einsätzen

Jeder Rest: 21 Pl. 14 Pl. 9 Pl.

Seidenes Strumpf-Gummiband Jeder Rest 10 Pl.

Fabrik-Reste

von

Percal nur moderne Streifen, ohne Rücksicht auf Maß und Qualität

Jeder Rest: Serie I 65 Pl. II 45 Pl. III 25 Pl. IV 10 Pl.

Gardinen-Reste jeder Rest 1.20, 1.00, 85, 70, 50 Pl.

Crettonne-Reste jeder Rest . . . 2.65, 2.10 1.60

Wachstuch-Reste jeder Rest . . . 1.30, 95, 50, 30 Pl.

Linoleum-Reste jeder Rest . . . 2.40, 1.90, 1.20

Madapolam- und Schweizer-Stickerie-Reste
Jeder Rest: 24 Pl. 18 Pl. 12 Pl. 9 Pl.

Kunstseidenband Jeder Rest 28 Pl.

Fabrik-Reste

von

Washcrepon türkisch gemust., ohne Rücksicht a Maß u. Qual.

Jeder Rest Serie I 1.10 Pl. II 75 Pl. III 45 Pl. IV 25 Pl.

Wischtücher kar ert, leicht beschädigt u. angestaubt, in Baumw., Halb- u. Rein'einen, jed. Stück 65, 48, 25 Pl.

Tischtücher verschied. Größen, leicht beschädigt und angestaubt . . . jedes Stück 4.95, 3.95, 2.95

Reste von Klöppel-Spitzen und -Einsätzen
Jeder Rest: 54 Pl. 36 Pl. 27 Pl. 13 Pl.

Strumpf-Gummiband extra stark. Jeder Rest 18 Pl.

Beim Einkauf von 5.00 M. 1 großer Luftballon gratis!

Kaufhaus Sternfeld Neukölln
Hermannstraße 210